

Krieg am Rande Europas

Der Tschetschenienkonflikt in neuem Licht?

Uwe Halbach

Das Moskauer Geiseldrama hat den Tschetschenienkrieg am Rande Europas in Erinnerung gebracht. Spektakuläre Geiselnahmen mit einer hohen Zahl von Todesopfern gab es im Kontext der Gewalteskalation im Nordkaukasus bereits in der Vergangenheit, aber keine hat Rußland und die Weltöffentlichkeit die Gewaltausstrahlung des Tschetschenienkriegs so deutlich spüren lassen wie diese. Die offiziellen Stellungnahmen der russischen Regierung zu dem Terrorakt in Moskau und seiner Verbindung zum internationalen Terrorismus geben Veranlassung, sich mit einigen Aspekten des jahrelangen Kriegs im Nordkaukasus nochmals auseinanderzusetzen.

Schon der erste Kommentar Präsident Putins zu dem Terrorakt stellte die externe Dimension heraus, die angebliche Steuerung vom Ausland aus. Eine terroristische Internationale habe die Geiselnahme von Moskau, die in eine Reihe mit den letzten Terrorakten in Indonesien und auf den Philippinen zu stellen sei, ausgeheckt und ausgeführt. Das Außenministerium rief am 24. Oktober alle Staaten, von deren Territorium aus Terroristen in Tschetschenien unterstützt werden, dazu auf, Maßnahmen zur sofortigen Beendigung dieses Zustands zu ergreifen.

Anmerkungen zur externen Dimension des Konflikts

Mit seinen Kommentaren zum Geiseldrama knüpfte der Kreml erwartungsgemäß an ein Deutungsmuster an, das zu seiner

Legitimationsstrategie für den zweiten Tschetschenienkrieg geworden ist. Rußland kämpft danach im Nordkaukasus gegen eine von außen gesteuerte islamistische Aggression. Diese Erklärung, die über die Genese und die Substanz des russisch-tschechenischen Konflikts hinwegtäuscht, verfestigte sich seit dem für Rußland demütigenden Ende des ersten Tschetschenienkriegs. Russische Kommentare fügten seither das Anwachsen islamistischer (»wahhabitischer«) Bewegungen im Nordkaukasus mit dem Bild ausländischer Unterwanderung zusammen.

Die Einmischungsthese in bezug auf internationale islamistische Terrornetze ist nicht aus der Luft gegriffen. Von den muslimischen Teilen Südostasiens bis zum Balkan gibt es kaum noch einen regionalen Konflikt, an dem dieses Element nicht andockt. Unstrittig ist die Mitwirkung

islamistischer Brigaden unter dem Kommando des Emir Chattab in beiden Tschetschenienkriegen. Der bei einem Sonderinsatz des FSB im April 2002 getötete Jordanier wurde zur Symbolfigur für die These Moskaus, man habe den »Krieg gegen Rußland in Tschetschenien« als Teil des internationalen Terrorismus und islamistischen Extremismus zu verstehen.

In beiden Kriegen kämpften ausländische Mudschahedin an der Seite tschetschenischer Kombattanten, umgekehrt tauchten Tschetschenen im Umfeld der Taliban auf. Eine substantielle, spezifische Rolle Tschetscheniens in internationalen islamistischen Netzwerken war aus Querverbindungen zwischen den Dschihad-Drehscheiben in Afghanistan und Exponenten der »tschetschenischen Revolution« wie Schamil Bassajew und Selimchan Jandarbijew, die in Kabul gesichtet wurden, dennoch kaum abzuleiten. Russische Angaben zur »Internationalisierung des Rebellenlagers« in Tschetschenien schwankten gewaltig und erschienen oft deutlich überzogen. Die Gegenseite in Gestalt von Aslan Maschadow räumte kürzlich ein, daß sich derzeit 200 ausländische Kämpfer in Tschetschenien befinden. Was tschetschenische Komplizenschaft mit Taliban und Al-Qaida betraf, konnten unter den internationalen islamistischen Brigaden, die in Afghanistan von US-Einheiten und der Nordallianz dingfest gemacht wurden, Tschetschenen in relevanter Zahl nicht präsentiert werden.

Beim Ausbruch des Sezessionskonflikts zwischen Rußland und Tschetschenien, der ja nur den jüngsten Ausschnitt aus einer konflikt- und gewaltreichen Geschichte darstellt, spielte Islamismus eine marginale Rolle. Zu Beginn der Sezessionsbewegung war er am Rande des ideologischen Spektrums der »tschetschenischen Revolution« angesiedelt. Stärker islamisiert wurde diese erst beim Zusammenstoß mit der russischen Armee im ersten Tschetschenienkrieg (Dezember 1994 bis September 1996). Ihr damaliger Führer, Dudajew, sagte einmal im Rückblick, Rußland habe Tschetschenien in den Islam katapultiert. Islamisti-

sche Strömungen verstärkten sich dann in der Zwischenkriegszeit (1996–1999), als die von russischen Truppen geräumte »tschetschenische Republik Itschkerien« ins Chaos abglitt, wobei »islamischer Staat«, »Scharia« und »Dschihad« als Kampfpfaren im innenpolitischen Machtkampf fungierten. Der zweite Tschetschenienkrieg machte aus dem gesamten Nordkaukasus noch stärker als zuvor eine Angriffsfläche für islamistische Akteure und den regionalen Bezugspunkt für eine »Wahhabitenhysterie« in russischen Medien.

Unterscheidungsproblem:

»Moderate«, »Radikale«, »Separatisten«, »Terroristen«

»Die massenhafte Geiselnahme in Moskau muß zum Augenblick der Wahrheit für diejenigen werden, die die Terroristen in Tschetschenien weiterhin in »schlechte« und »gute« einteilen«, hieß es in der zuvor genannten Erklärung des russischen Außenministeriums.

Moskau beanstandet seit Beginn des zweiten Kriegs, und mit verstärktem Nachdruck nach dem 11. September, daß man im Ausland seine militärischen Kontrahenten im Nordkaukasus in »moderate« und »extremistische« Kräfte unterteilt, statt sie generell als »Terroristen« zu qualifizieren. Der Westen hält sich bei seinen Verhandlungsempfehlungen an Moskau an eine solche Unterscheidung. Ein »moderates Lager« um Aslan Maschadow, der als pragmatischer Verhandlungsleiter bei der Beendigung des ersten Tschetschenienkriegs und vom Volk gewählter Präsident der »tschetschenischen Republik Itschkerien« in Erinnerung ist, empfiehlt sich als Verhandlungspartner. Dagegen steht ein »radikales Lager« aus fanatischen Feldkommandeuren und Terroristen wie Schamil Bassajew und Emir Chattab, islamistischen Ideologen wie Mowladi Udugow oder Selimchan Jandarbijew und kriminellen Kriegsherren wie dem 2001 getöteten Arbi Barajew.

Moskaus Kontrahenten in Tschetschenien bilden also ein gespaltenes »Rebellenlager«, aus dem sich neben autonom agierenden Kriegsherren drei Hauptgruppierungen hervorheben:

- ▶ Die Gruppe um Maschadow, die sogenannte tschetschenische Regierung im Exil, basiert ideologisch auf einem eher säkularistischen Verständnis nationaler Unabhängigkeit, wenn auch Maschadow in seiner Regierungszeit 1997–1999 nicht darauf verzichten konnte, islamische Attribute zur Selbstbehauptung der »tschetschenischen Republik« heranzuziehen (Einführung von Schariagerichten u.a.). In Moskau sieht man ihn im zweiten Tschetschenienkrieg nur als einen unter anderen *warlords* und nicht als den mächtigsten an.
- ▶ Aktivste Gruppe ist das radikal-islamistische (wahhabitische) Lager mit den Feldkommandeuren Bassajew und Chattab, das finanzielle und anderweitige Unterstützung von radikalen Islamorganisationen im Ausland erhält, aber in der lokalen Bevölkerung eher als fremd angesehen wird. Exponenten islamistischer Orientierung sind Personen wie Selimchan Jandarbijew, der erste Nachfolger Dudajews im Präsidentenamt, und Mowladi Udugow, Propagandachef im ersten Tschetschenienkrieg und vorübergehend Außenminister unter Maschadow;
- ▶ Eine ideologisch neutrale Gruppe um Ruslan Gelajew hat sich im Sommer 2000 von Maschadow getrennt und nach Georgien abgesetzt. Gelajews Kämpfer stehen im Zentrum russischer Klagen über tschetschenische Rückzugsbasen im Nachbarland.

Seit Mai 2002 kam es offenbar zu einer Annäherung zwischen Maschadow und seinen Kontrahenten und zu einer militärischen Sammlung im Widerstandslager, obwohl von einer geschlossenen, alle bewaffneten Kräfte integrierenden Widerstandsfrent unter Führung Maschadows wohl nicht gesprochen werden kann. Schamil Bassajew wurde unter der formel-

len Oberhoheit Maschadows stellvertretender Oberkommandierender, Udugow Chef der Abteilung für Auslandsinformationen, Jandarbijew Sonderbeauftragter für das islamische Ausland. Im September verkündete Maschadow den Übergang vom bisherigen Partisanenkampf zu einer koordinierten Offensive gegen russische Streitkräfte und ihre tschetschenischen Helfer. Diese Entwicklung wurde von einer Verschärfung des Kampfes und der geographischen Ausweitung der Kampfzonen in Nachbarrepubliken (Inguschien, Grenzgebiete mit Georgien) begleitet.

Für das Zusammengehen Maschadows mit seinen ehemaligen Gegnern bieten sich zwei unterschiedliche Erklärungen an: Er sah nach langen, vergeblichen Aufforderungen an Moskau, ihn als Verhandlungspartner zu akzeptieren, keinen Handlungsspielraum mehr für eine politische Lösung des Konflikts und verlegte sich ganz auf den Kampf, zumal er Tschetschenien nach dem 11. September auch von der internationalen Politik im Stich gelassen sah. Oder er wollte mit verstärkter Kampftätigkeit die Gegenseite doch noch an den Verhandlungstisch zwingen.

Die russische Regierung legt Maschadow nun auch die Geiselnahme von Moskau zur Last. Es gibt angeblich eine Videoaufnahme, in der dieser wenige Tage vor dem Anschlag eine Wende im Tschetschenienkrieg ankündigte, was in Moskau auf den Terrorakt bezogen wurde. Mowsar Barajew, Kommandant der Geiselnahme, gab in einem Fernsehinterview Bassajew als den Auftraggeber der Aktion aus, die Moskau dazu zwingen solle, in Verhandlungen zu treten. Maschadow selbst verurteilte den Terrorakt. Sein Sprecher wies aber darauf hin, daß sich solche Vorfälle wiederholen könnten, sollte Moskau nicht auf Verhandlungen eingehen und seine Militärkampagne nicht beenden. Die Mitwirkung der »tschetschenischen Sezessionsregierung« an dem Terrorakt ist weder bewiesen noch ausgeschlossen.

Die Illusion: »Normalisierung« und »Tschetschenisierung«

Präsident Putin setzte in letzter Zeit darauf, Polizei und Verwaltung in Tschetschenien in tschetschenische Hand zu geben, um eine größere Akzeptanz in der lokalen Bevölkerung zu erreichen. Schon seit langem verkündeten Militärs im Nordkaukasus und Kremlsprecher das Ende der Kriegsmaßnahmen und den Übergang zum Aufbau einer Zivilverwaltung als Voraussetzung für eine friedliche Reintegration der abtrünnigen Republik in die Russische Föderation. Auf einer Pressekonferenz in Moskau am 24. Juni 2002 stellte Präsident Putin das Ende der durch russische Militäreinheiten durchgeführten »Säuberungsaktionen« in Tschetschenien und die Stärkung der »Justiz- und Sicherheitskomponente der tschetschenischen Verwaltung« in Aussicht. »Danach gehen wir dann zur nächsten Etappe der Normalisierung über – wir schreiten zur Annahme einer Verfassung.« Um die »Normalisierung« zu untermauern, übte man Druck auf die Flüchtlinge aus Tschetschenien in den Nachbarregionen aus, in ihre Heimat zurückzukehren – vor allem auf die rund 150 000 Flüchtlinge in Inguschien. Diese sahen aber die elementarsten Bedingungen für eine Rückkehr in ihre Heimat nicht erfüllt. Der Krieg hat bis zu 80% des Wohnraums zerstört. 80% der Arbeitsfähigen in Grosny sind arbeits- und mittellos. Die Stadt hat keinerlei Wasser- und Stromversorgung. Vor allem aber: Eine dichte Kette von »Säuberungen« tschetschenischer Siedlungen durch russische Streitkräfte hielt auch in der »Normalisierungsphase« die Zivilbevölkerung unter mörderischem Druck.

Die Steigerung der Konfliktintensität strafe gerade in den letzten Monaten alle Behauptungen über ein Ende militärischer Aktionen und den erfolgreichen Übergang zur »Normalisierung« und »Tschetschenisierung« Lügen: Die Kämpfe zwischen russischen Streitkräften und Rebellen nahmen zu, auf die »tschetschenisierten« Verwaltungs- und Gewaltapparate wurden An-

schläge verübt, in immer kürzeren Zeitabständen erfolgten »Säuberungen«.

»Kampagne gegen Terroristen« oder »Vernichtungskrieg gegen ein Land?«

Selbst wenn man – der russischen Vorgabe folgend – die bewaffneten Kräfte auf tschetschenischer Seite undifferenziert als »Terroristen« einstufte, bliebe das Vorgehen der russischen Armee gegen sie doch *das* Paradebeispiel dafür, wie »war on terrorism« nicht aussehen darf. Gerade weil Terrorismusbekämpfung zur globalen Herausforderung geworden ist, darf sich die Weltöffentlichkeit dieses Vorgehen nicht unter diesem Etikett verkaufen lassen. In Moskau hat man die militärischen Maßnahmen gegen die bewaffneten Kräfte in Tschetschenien mit Anti-Terror-Maßnahmen in Spanien oder Nordirland verglichen: So äußerte Sergej Karaganow vom Moskauer Europa-Institut in der *Washington Post* am 29. Juli 2001: »Die Länder der EU haben tschetschenienartige Situationen. Man denke an Nordirland oder das Baskenland.« Schon die Wahl der Waffen und die Zahl der zivilen Opfer führen diesen Vergleich ad absurdum: Die Maßnahmen in Tschetschenien ähnelten massivsten Militärschlägen gegen einen äußeren Feind weit mehr als einem gezielten Vorgehen in einem innerstaatlichen Konflikt. Die Zahl der Todesopfer unter den Zivilisten lag im ersten Tschetschenienkrieg zwischen 35 000 und einer weit höheren Zahl (bis zu 100 000), im zweiten ist die Größenordnung vergleichbar. Um sich die Massivität des Kriegs zu vergewärtigen, muß man die räumlichen Ausmaße des Kriegsschauplatzes berücksichtigen. Die Militäraktionen konzentrieren sich auf einen Teil der kleinen Republik, die insgesamt nur 160 km lang und 80 km breit ist, und zwar auf die am dichtesten besiedelten Gebiete um Grosny und das Flachland. Das gebirgige Landesdrittel im Süden und die Steppenregion am Terek im Norden sind weitgehend kampffrei. Ungefähr 80 000 Mann der kombinierten Bundestruppen wurden in einer Zone

konzentriert, die etwa 60 km mal 30 km umfaßt. Die Rebellen leisteten dieser Massierung ungebrochenen Widerstand, weil sie offensichtlich von einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung unterstützt werden, obwohl diese manche Kriegsherren des »Widerstands« kaum weniger haßt als die russischen Streitkräfte. Der Widerstand nährt sich in erster Linie aus der Brutalität der Kriegführung auf russischer Seite. Der Kampf gegen russische Truppen machte die Rebellen laut Genfer Konvention nicht zu »Terroristen«, so der russische Militärspezialist Felgenhauer. Die Greuelthaten, die diese Truppen in Tschetschenien fortwährend begehen, seien der Hauptgrund dafür, daß der Widerstand weitergeht.

1999 war der Kosovo-Krieg der Nato das Vorbild für das erneute Militärunternehmen Moskaus, das desaströse militärische Fehler aus dem ersten Krieg vermeiden sollte. Die russische Führung wollte ein »low casualty engagement« mit Blick auf die eigenen Soldaten und die rasche und gründliche Niederlage für die Gegenseite. Putins als »Blitzkrieg« angelegte »Anti-Terrorismus-Kampagne« bezog Waffengattungen ein, von denen zielgerichtete Gewalt nicht zu erwarten war, und entartete in einen Vernichtungskrieg. Mit der angeblichen Beendigung der massiven Militärintervention begann die Zeit der »Säuberungen«, die für die tschetschenischen Siedlungen noch verheerender wurden als die Bombardements. Hinter der Bezeichnung verbirgt sich massiver Terror gegen die Zivilbevölkerung. Nach dem 11. September 2001 folgten die »Säuberungen« tschetschenischer Siedlungen, die des Kontakts zu den Rebellen verdächtigt wurden, in noch dichter Folge aufeinander. Es gibt Siedlungen, die Dutzende Male hintereinander »gesäubert« wurden, kaum noch eine, aus der nicht junge Männer »verschwunden« sind. Der Geschäftsführer der Internationalen Helsinki Föderation für Menschenrechte sprach von systematischer Dezimierung der männlichen Bevölkerung.

Es gab Ansätze zu einer Zivilisierung der russischen Militäreinsätze. So wurde im

Frühjahr 2002 der Befehl Nr. 80 erlassen. Danach sollten sich Soldaten bei der Ausführung von »Säuberungen« ausweisen und Listen der Verhafteten erstellen. Lokale Beamte aus der Administration des tschetschenischen Verwaltungsleiters Kadyrow, der sich immer wieder über die Eigenmächtigkeiten des Militärs beschwerte, sollten die Militäroperationen begleiten und beobachten dürfen. Der Befehl wurde jedoch nicht umgesetzt. Weiterhin übten vermummte Soldaten »Säuberungen« aus. Präsident Putin ergriff Maßnahmen, den Handlungsspielraum der Militärs einzuschränken und den der tschetschenischen Zivilverwaltung unter Kadyrow zu erweitern. Doch die Machtteilung zwischen militärischen und zivilen Gewaltorganen in Tschetschenien blieb verworren. Die jüngste Regelung, ein Ukas vom 8. Oktober 2002, läuft auf mehr Militärverwaltung hinaus, nicht auf die Stärkung des zivilen Sektors.

Das Vorgehen der russischen Truppen sucht nicht nur willkürliche Vergeltung für die vielen gefallenen Kameraden (das »low casualty engagement« hat inzwischen kaum weniger Todesopfer unter russischen Soldaten gefordert als der Afghanistankrieg), sondern trägt auch raubzughafte Züge. Die Kaukasusarmee wurde zum *Konfliktunternehmer*. In Rußland tauchte die Frage auf, ob sich unter den mit Tschetschenien befaßten Militärs und Politikern Kräfte befinden, die an einer Verstärkung des Kriegs materielles Interesse gewonnen haben.

Gewaltunternehmer finden sich freilich auch auf der Gegenseite. Eine regelrechte »Entführungsindustrie« hatte bereits in der Zwischenkriegszeit um sich gegriffen – als ein Hauptaspekt der Kriminalisierung von Wirtschaftstätigkeiten und Gewalteskalation in Tschetschenien. Und nach Beginn des zweiten Tschetschenienkriegs wurden nun auch russische Soldaten zum Ziel von Greuelthaten.

Ökonomische Aspekte des Kaukasuskriegs

Zu den stereotypen, größtenteils falschen Erklärungsmustern zum Tschetschenienkonflikt gehört neben der *Dominotheorie*, nach der die Entlassung Tschetscheniens in die Unabhängigkeit zwangsläufig einen Nachahmungseffekt unter anderen Föderationssubjekten hervorgerufen und den Zerfall der Russischen Föderation eingeleitet hätte, auch die Vorstellung, Rußland verteidige in Tschetschenien einen wirtschaftlich unverzichtbaren Landesteil. Ist die Region nicht ein historischer Standort der Erdölförderung und -verarbeitung und ein relevanter Transitraum? Also »Krieg ums Öl« – im geostrategischen Kontext eines neuen »great game« rund um das Kaspische Meer?

Als Fördergebiet von Erdöl (schon vor Kriegsausbruch weniger als 1% der russischen Ölproduktion) ist Tschetschenien für Rußland ebensowenig unverzichtbar wie als Transitgebiet unumgebar. Öl spielt gleichwohl eine Rolle im Konfliktgeschehen – im engeren Rahmen einer »Bürgerkriegsökonomie«. Die von tschetschenischen Kriegsherren privatisierte Förderung, Verarbeitung und Ausfuhr von Erdöl wurde zu einer Hauptgrundlage illegaler Geschäfte, bei denen die Konfliktfronten überschritten werden. Im Frühjahr 2001 berührte der Leiter der Verwaltung in Tschetschenien ein Tabuthema, als er von Benzinkarawanen sprach, die ungehindert 20 russische Kontrollposten passieren konnten. Auch andere kriminelle Transaktionen wie Menschen- und Waffenhandel überqueren die Fronten. Waffen und Munition für die Rebellen werden hauptsächlich in Rußland selber auf dem schwarzen Markt beschafft, von den Herstellern und aus Militäreinheiten, die in Tschetschenien stationiert sind. Eine Tschetschenien-Expertin in Rußland, Sanobar Schermatowa, dazu: »Die Maßstäbe dieser Schattengeschäfte gehen über die Wirtschaft hinaus und haben weitreichende politische Konsequenzen. Illegale Geschäftsbeziehungen, die russische Militärs mit tschetschenischen Kämpfern ver-

binden, verändern die Situation in Tschetschenien völlig. Russische Militärs zeigen Interesse an der Fortsetzung des Kriegs.«

»Säuberungen« der tschetschenischen Siedlungen sind nicht selten als Geiselnahme angelegt, mit denen russische Militärs ihren Sold aufbessern. Man verhaftet tschetschenische Männer und erpreßt ihre Familien. Profit wird aber auch aus Programmen für den Wiederaufbau von Wirtschaft und Infrastruktur geschlagen. Daß die verwirrende Struktur der Zivilverwaltung Tschetscheniens und der für Tschetschenien zuständigen föderalen Stellen Korruption generiert, gab Präsident Putin im März 2002 zu: »Das Geld fließt nach Tschetschenien und bewegt sich wie in einem Labyrinth.« 2001 sollten Summen in Höhe von 166 Mio. Euro aus dem föderalen Haushalt nach Tschetschenien fließen. Der Wiederaufbau von Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen stand an der Spitze der Prioritätenliste. Auswärtige Beobachter und in Tschetschenien tätige Beamte stellten »Renovierungen à la Potemkin«, verschwundene Hilfslieferungen, getürkte Rechnungen fest, insgesamt ein gewaltiges Potential für Korruption und Unterschlagung.

Zur Ressource auf der Rebellenseite wurde nicht zuletzt die Islamisierung der Widerstandsideologie. Mögen Behauptungen Moskaus über substantielle Verbindungen der tschetschenischen Rebellen zu Al-Qaida oder eine für ihre Widerstandsfähigkeit entscheidende militärische Unterstützung durch islamistische Brigaden überzogen sein, erheben sich doch an der finanziellen Unterstützung des Widerstands – insbesondere seines islamistischen Flügels – aus dem Mittleren Osten keine Zweifel. Weniger staatliche Stellen als religiöse Stiftungen, Solidaritätsgruppen und Wohltätigkeitsorganisationen aus Saudi Arabien, arabischen Golfstaaten, Jordanien und anderen Ländern haben Millionensummen an Spenden aufgebracht. Spenden kommen auch aus der nordkaukasischen Diaspora im Mittleren Osten. Einige russische Quellen dagegen sehen die

Haupteinnahmen des tschetschenischen Widerstands in illegaler Wirtschaftstätigkeit, die Tschetschenen mit Geschäftspartnern auf dem Territorium Rußlands organisieren.

Die Verhandlungsoption

Für Verhandlungen fehlte schon vor der neuerlichen Zäsur im Tschetschenienkonflikt auf russischer Seite, insbesondere bei den Militärs, der politische Wille. Die russische Regierung vertrat den Standpunkt, die Lösung des Konflikts liege in der »Normalisierung der Situation in Tschetschenien, nicht in Verhandlungen« (so Premierminister Kasjanow am 4. Juli 2002). Die Verhandlungen, die den ersten Krieg beendeten (die Abkommen von Chassawjurt vom August 1996), werden von Teilen der russischen Elite als Landesverrat angesehen. Gleichwohl gab es auch im zweiten Tschetschenienkrieg seit April 2000 Kontakte zwischen Moskau und den Rebellenführern. Dabei waren regionale Politiker des Nordkaukasus wie der ehemalige inguschische Präsident Auschew und sein nordossetischer Amtskollege Dsasochow behilflich, sowie Politiker und Abgeordnete auf Föderationsebene. Zuletzt wagte der ehemalige Vorsitzende des Sicherheitsrats, Iwan Rybkin, einen Vorstoß, mahnte im Kreml an, daß die »Blitzkriegstrategie« im Kaukasus ins Nichts führe, und trat im Sommer 2002 in Kontakt zu Maschadows Stellvertreter Sakajew. Zu diesem Zeitpunkt wandte sich Maschadow mit einem Appell an die G-7-Staaten. Zbigniew Brzezinski und Alexander Haig stellten in der *Washington Post* ein Kompromißmodell zur Lösung des russisch-tschetschenischen Konflikts vor. Als nächster präsentierte Ruslan Chasbulatow, selbst tschetschenischer Nationalität und ehemaliger Sprecher des russischen Parlaments, ein Autonomiemodell für Tschetschenien. In Liechtenstein wurden dann bei einem Treffen zwischen Rybkin und Chasbulatow auf russischer und den Verhandlungsleitern Maschadows auf

tschetschenischer Seite der »Chasbulatow«- und der »Brzezinski-Plan« zu einem Vorschlag verschmolzen, der auf weitgehender Selbstbestimmung Tschetscheniens in der Innen- und Außenpolitik unter Einbindung der Republik in den territorialen Bestand der Russischen Föderation basiert. Darin ist von einem Sonderstatus Tschetscheniens mit Garantien durch OSZE und Europarat, der Delegation bestimmter Funktionen an die Bundesebene, Demilitarisierung unter Beibehaltung russischen Grenzschutzes an der Südgrenze Tschetscheniens die Rede. Die Liechtenstein-Kontakte hatten keine Rückendeckung durch den Kreml. Sie wurden in regionalkundlichen Analysen gleichwohl als einer der bisher deutlichsten Indikatoren für das Verlangen nach friedlicher Konfliktlösung gewertet.

Nach dem Terrorakt von Moskau wendet sich der Kreml noch entschiedener als zuvor gegen alle Außenkontakte der »Republik Itschkerien«. Als erstes bekamen dies Dänemark und die Europäische Union zu spüren. Am 28./29. Oktober tagte der »World Chechen Congress for a peaceful solution to the Russian-Chechen conflict« in Kopenhagen. Er sollte ursprünglich im Mai 2002 in Istanbul stattfinden, wurde aber von den türkischen Behörden abge sagt. Seine Hauptorganisatoren sind das Dänische Unterstützungs Komitee für Tschetschenien und der tschetschenische Weltkongreß (tschetschenische Diaspora). Zu dem Kongreß sollten Personen eingeladen werden, »die eine Rolle bei der Lösung des Konflikts und bei der Befriedung Tschetscheniens spielen könnten«: Vertreter der weltweiten tschetschenischen Diaspora und der mit Tschetschenien befaßten Menschenrechtsorganisationen, Abgeordnete der russischen Staatsduma, des Europarats, der UNO und Verteter Maschadows. Die Beteiligung Sakajews und anderer Vertreter Maschadows war für Moskau Anlaß, die Konferenz zu einer Unterstützungsveranstaltung für Terrorismus zu erklären. Da ging nicht nur ein Donnerwetter des Kreml über Kopenhagen nieder (man erzwang eine Verlegung des für den 11. November

geplanten EU-Gipfels von der dänischen Hauptstadt nach Brüssel), Moskau ließ auch Sakajew über Interpol am Konferenzort verhaften. Zu den Anklagepunkten gehört der Vorwurf der Organisation illegal bewaffneter Formationen.

Die Stimmung in Rußland nach dem Terrorakt

In der russischen Bevölkerung polarisieren sich die Meinungen zum Tschetschenienkrieg. Befürworter einer Gewalteskalation stehen Gegnern weiterer Kriegführung im Kaukasus gegenüber. Im November 1999 stimmten bei einer Umfrage von VCIOM (Allrussisches Zentrum für Meinungsforschung) 61% der Befragten für Militäraktionen, 27% forderten eine friedliche Konfliktlösung. Im Juli 2000 waren nur noch 49% für Krieg und bereits 41% für Verhandlungen. Der Anteil der Kriegsgegner wuchs bis Sommer 2001 auf 53% an. Nach dem 11. September nahm die Zahl der Verhandlungsbefürworter im Vergleich zu den Vormonaten wieder ab, belief sich aber dennoch auf 45%. Eine erste VCIOM-Umfrage nach der Beendigung der Geiselnahme zeigt folgendes Bild: Die Mehrheit billigt das Vorgehen der Regierung in der Krisensituation vom 23. bis 26. Oktober (85% die Haltung Putins, 72% die Handlungen der Regierung, 82% das Vorgehen der Geheimdienste). Jeder zweite Respondent fordert noch mehr Härte beim Vorgehen in Tschetschenien. 46% (12% mehr als im Vormonat) begrüßen die Weiterführung der Militärkampagne, nur noch 16% einen Dialog mit den bewaffneten Gegnern in Tschetschenien; 37% sind überzeugt, daß sich die Situation in Tschetschenien noch weiter verschärft.

Doch auch Spannungen in Moskau und in Rußland verschärfen sich. Rechtsradikale Organisationen wie eine »Autonome Kampfeinheit der russischen Selbstverteidigung« kündigten während der Geiselnahme Vergeltungsschläge gegen Bürger tschetschenischer Nationalität in Moskau an. Eine Organisation der armenischen Diaspora

warnte ihre Gemeinde davor, daß der anti-kaukasische Affekt in der russischen Öffentlichkeit und in den Rechtsschutzorganen nicht zwischen den kaukasischen Ethnien unterscheidet. Alle »Personen kaukasischer Nationalität« müßten sich auf Repressalien gefaßt machen. Auch Armenier, die traditionell als Verbündete Rußlands im Kaukasus gelten, sind davon nicht ausgenommen.

Die Zustandsbeschreibung des Tschetschenienkonflikts vor dem Geiseldrama von Moskau lautete: Der Kreml kann den Konflikt militärisch trotz (oder wegen) massivster Repression in Tschetschenien nicht bewältigen, und zur politischen Bewältigung fehlt ihm der Wille. Die Verhandlungsoption wird nun noch stärker als zuvor eingeengt, vor allem dadurch, daß die russische Regierung den Terrorakt Maschadow zur Last legt. Schon zuvor war die Empfehlung, mit ihm zu verhandeln, von einem Dilemma geprägt: Entweder ist die Unterscheidung zwischen dem »moderaten« Maschadow-Lager und seinen »radikalen« Gegnern gültig, dann repräsentiert dieses Lager nur eine Widerstandsgruppierung unter anderen und es fehlt ihm die Fähigkeit, Verhandlungsergebnisse auf der Seite der Rebellen durchzusetzen. Oder es schließt sich mit seinen Gegnern zusammen, wobei es dann aber das Unterscheidungskriterium aufhebt, das es als Verhandlungspartner legitimiert. Doch wie auch immer Moskau seine militärischen Kontrahenten in Tschetschenien bezeichnet – die Verhandlungsoption kann nur auf diese bezogen werden, wenn der schmutzige Krieg im Kaukasus ein Ende finden soll.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org